

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Peter Dennin

Fraktionsvorsitzender

**Rede anlässlich der Verabschiedung des
Haushaltes 2024 der Stadt Beckum
am 7. März 2024**

Beckum, den 5. März 2024

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
liebe Kolleg:innen,
sehr geehrte Vertreter:innen der Verwaltung und der Presse,
meine Damen und Herren,

selten waren wir so gespannt auf die Haushaltsreden der anderen Fraktionen, insbesondere der FDP und CDU, wie in diesem Jahr. Denn da im Haushalt 2024 unbestritten ein reales Finanzloch von über 4 Millionen Euro klafft, sind wir nach etlichen Haushaltsberatungen und der Behandlung zahlloser Änderungsvorschläge sehr gespannt, mit welchen realen Finanzmitteln dieses gestopft werden soll, wenn es nicht bei bloßen Lippenbekenntnissen und Luftbuchungen bleiben soll, aber hierzu später mehr.

So sehr man es sich auch wünscht, es wird einfach nicht besser! Nachdem die letzten Haushaltsverabschiedungen schon ihren Stempel von Problemen wie Corona, dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine und die damit verbundene Energiekrise aufgedrückt bekommen haben, sorgt eine weitere ungelöste Krise seit dem barbarischen Terrorangriff der Hamas auf Israel im Nahen Osten zusätzlich weltweit für große Anspannung, und auch ein Ausblick auf die Präsidentschaftswahlen in den USA Ende dieses Jahres lässt für die nahe Zukunft nichts Gutes erahnen.

Kurzum, vieles, was für uns jahrzehntelang als selbstverständlich galt und uns Sicherheit, Wohlstand und Frieden genießen ließ, steht inzwischen infrage, wirkt fragil und hinterlässt in unserer Gesellschaft deutliche Spuren, die nicht zuletzt im Erstarken politisch rechter Kräfte ihren Ausdruck finden. Indem die etablierten Parteien demokratischer Gesinnung sich öffentlich in gegenseitigen Schuldzuweisungen

überbieten, statt gemeinsam gegen die initiierenden geistigen Brandstifter vorzugehen und sie inhaltlich zu stellen, leisten sie dieser Entwicklung unfreiwillig weiter Vorschub. Es bedurfte erst eines eher unbekanntes Nachrichtennetzwerkes namens *Correktiv*, welches über die wahren menschenverachtenden Absichten des braunen Mobs der ewig Gestrigen kürzlich berichtete, um vielen bis dato gleichgültigen oder einfach nur enttäuschten Menschen die Augen zu öffnen und zu zeigen, dass die Demokratie nicht selbstverständlich, nicht unzerstörbar und zudem die Wurzel unseres Lebens in Frieden, Sicherheit und Wohlstand ist und man sie daher auch hegen, pflegen und schützen muss.

Hunderttausende Menschen in ganz Deutschland sind hierfür auf die Straße gegangen und haben mit ihrem Engagement gezeigt, dass sie bereit sind, diese geschätzte Demokratie gegen zerstörerische Kräfte zu verteidigen - und sie tun es zum Glück weiterhin.

Vielleicht hilft es ja auch, dem großen Heer an Nörglern, Beschimpfern und Hasskommentarschreibern den Boden zu entziehen und sich wieder vermehrt der Lösung von Problemen zuzuwenden, statt sie nur zu benennen und für die eigenen Zwecke zu missbrauchen. Komplexe Probleme sind nicht einfach zu lösen und benötigen eine intensive sachliche und inhaltliche Aufarbeitung von qualifizierten Fachleuten und werden nicht durch das Grölen von Stammtischparolen oder Verbreiten von Fake News kleiner, geschweige denn gelöst.

Der Soziologe Steffen Mau warnt in seinem Buch „Triggerpunkte – Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft“ vor genau jenen Punkten, die von Medien und politischen Parteien gezielt gesetzt werden, um die Gesellschaft zu spalten und sie durch das Lenken der Aufmerksamkeit auf Nebenschauplätze von den wahren Problemen wegzuführen und große Teile zu sich hinzuleiten. Triggerworte wie „Gendersternchen“, „Klimakleber“ oder „Transquoten“ reichen aus, um

viele Menschen von der eigentlich wichtigen Fokussierung auf die wirklich dringenden Probleme abzulenken und möglicherweise in eine Ecke zu drängen, wo sie eigentlich gar nicht verortet sind. Verstärkt wird diese Manipulation durch eine schier unendliche Flut an Posts und Videos in den sogenannten „Sozialen Medien“¹.

Beckum ist leider keine Oase im großen Meer der aufgezeigten Probleme. Auch in unserer Stadt sind ähnliche Tendenzen spürbar – täglich und überall, das heißt auch quer durch alle Gesellschaftsschichten. Nicht zuletzt die hohe Inflation im letzten Jahr hat vielen Menschen in unserer Stadt stark zugesetzt, gerade in den unteren Einkommensstufen. Das konnten auch deutliche Tariferhöhungen nicht ausgleichen. Aber gehört es nicht auch zur Wahrheit dazu, dass in Krisenzeiten eben nicht alles eitler Sonnenschein ist? In Zeiten einer weltweiten Wirtschaftsschwäche kann man auch in Deutschland keine Wunder erwarten, und konjunkturelle Dellen sind in vielen Branchen die logische Konsequenz. Hinzu kommen die Versäumnisse der letzten 20 Jahre, in denen die politisch Verantwortlichen sich auf ihren Lorbeeren ausgeruht und versäumt haben, in die Zukunft zu investieren und die Infrastruktur auf gutem Niveau zu erhalten.

Aber auch das Selbstverständnis vieler Menschen, stets zu fordern und nichts zu danken, führt zu großer Unzufriedenheit und schlechter Stimmung. Positiv Erreichtes wie etwa die Energiepauschale von 300 Euro für die Menschen, Gas- und Strompreisdeckel und auch die Senkung der Mehrwertsteuer in einigen Bereichen werden als selbstverständlich erachtet und schnell wieder vergessen.

Subventionen fühlen sich für ihre Empfänger sehr wohlig an und werden schnell zur Normalität. Werden sie eines Tages - was eigentlich selbstverständlich sein sollte - zurückgenommen, kommt der große Groll.

¹ Vgl. Steffen Mau, „Triggerpunkte – Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft“, Edition Suhrkamp, 2023

Medien und auch Oppositionsparteien greifen dies auf, und schon wird aus der einstigen Wohltat ein böses „In-die-Tasche-greifen“ – nicht fair und korrekt, aber es verfängt bei den Massen, ist sozusagen populär. Und wer diesen Missstand ausnutzt, handelt populistisch. Beispiele sind den hier Anwesenden vielfältig bekannt und muss ich nicht noch im Einzelnen ausführen.

Wann kommen die Grünen denn endlich zum städtischen Haushalt, werden sich einige sicherlich fragen? Naja, wer zulässt, dass sich die Belastungen für die Beckumer Bürgerinnen und Bürger und die Wirtschaft erhöhen, tut dies nicht gerne und möchte diesen bitteren Entscheidungsschritt auch möglichst plausibel begründen. Und für komplexe Sachverhalte bedarf es nun einmal, wie eingangs dargestellt, auch fundierter Erklärungen und dies umso eindringlicher, da „Steuererhöhungen“ ebenfalls ein Triggerwort darstellen, welches auch politisch eingesetzt werden kann, um daraus Kapital schlagen zu wollen.

Warum müssen in Beckum die Steuern für alle erhöht werden? Ganz einfach: weil die Ausgaben die Einnahmen deutlich übersteigen und somit mehrheitlich beschlossene Projekte, notwendige Investitionen und die normalen Zahlungen nicht geleistet werden können und die Stadt Beckum daher auf kurz oder lang wie viele andere Kommunen in die Haushaltssicherung zu rutschen droht. Und dies gilt es unbedingt im Interesse aller zu verhindern.

CDU und FDP haben es sehr originell angestellt: 7 Wochen vor der Haushaltsverabschiedung im Rat wenden sie sich mit Aufmerksamkeit erregenden Presseartikeln an die Öffentlichkeit und verkünden tollkühn, dass sie bei den geplanten Steuererhöhungen nicht mitmachen werden. Soweit, so gut und außerordentlich populär, wenn dann aber erst Wochen

später die entsprechenden Klausurtagungen zusammen mit dem Kämmerer stattfinden, müssen sie sich Fragen nach einer seriösen Vorgehensweise gefallen lassen. Dies erklärt vielleicht aber auch das kurzfristige, nahezu wie ein Überbietungswettbewerb anmutende Erstellen von krampfhaften Anträgen und Anfragen, wie sich Geld einsparen lässt und welche Projekte gestrichen werden sollten. Projekte, die größtenteils mit deutlichen Mehrheiten nach langfristigen Beratungen aufwändig herbeigeführt wurden. Vielleicht sollte man vernünftigerweise erst einmal den ersten vor dem zweiten Schritt tun und gründlich beraten, ob man überhaupt auf bereits Beschlossenes großartig verzichten sollte und kann, anstatt nach 13 Jahren ohne Steuererhöhungen eine leider notwendig gewordene Anpassung vorzunehmen?

Bei der frühzeitigen Ablehnung des vorgestellten Haushaltsentwurfs geht es offenbar nicht um eine rein sachliche Entscheidung, sondern vielmehr um ein politisches Statement und die auch nach drei Jahren immer noch nicht verdaute Niederlage bei einer Bürgermeisterwahl. Wer vorschlägt, freiwerdende Stellen nicht neu zu besetzen, befristete Stellen nicht zu entfristen und dies jeweils im Haupt- und Finanzausschuss beschließen zu lassen und oberdrein noch eine Aufgabenkritik wünscht, versucht nichts anderes als die Verwaltung in Ketten zu legen, sie zu lähmen und sie quasi arbeitsunfähig zu machen mit dem Ziel, den Bürgermeister zu beschädigen. Diese Vorgehensweise ist umso unverständlicher, wenn sich beobachten lässt, dass selbige kaum einen Ausschuss auslassen, in dem sie die Langwierigkeit von Prozessen und Umsetzungen an der Verwaltung massiv kritisieren.

Lassen sich die notwendig gewordenen Mehrbelastungen für Unternehmen und die Bürgerschaft tatsächlich überhaupt „ganz einfach“ erklären? Mitnichten, denn auch bei dieser Problembehandlung ist ein Blick über den Tellerrand Beckums erforderlich, um die Ursachen näher

zu erfassen, und diese sind wohl am ehesten mit dem Begriff der „vertikalen Gewaltenteilung“ - also der Kompetenzverteilung von oben nach unten, nämlich vom Bund über die Länder bis hin zu den Kommunen - zu erklären. Spart der Bund, bekommen die Bundesländer weniger Geld, die wiederum ihren eigenen Haushalt zusammenhalten müssen und deswegen die Kommunen nicht so großzügig wie erforderlich finanziell unterstützen.

Die Kommunen am Ende dieser Kette haben jedoch unzählige kostspielige Aufgaben von der Unterbringung Geflüchteter, der kommunalen Wärmeplanung, über den Erhalt und Ausbau der Infrastruktur, dem Schultern einer gestiegenen Kreisumlage, der Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen und Radverkehrskonzepten bis hin zum dem Erhalt und Bau von Schulen und Feuerwehren bei gleichzeitiger Übernahme der Tariferhöhungen im öffentlichen Dienst für alle Bediensteten. Unzählige und kostspielige Aufgaben also; was sie jedoch nicht haben, ist die Möglichkeit neben den Schlüsselzuweisungen des Landes weitere Einnahmen zu generieren, außer den bekannten unpopulären Steuererhöhungen in Form von Anpassungen der Hebesätze der Grundsteuern sowie der Gewerbesteuer.

Gibt es einen Weg, diese verzwickte Situation aufzulösen, und wer oder was könnte dies tun?

Diesmal tatsächlich ganz einfach, aber politisch nicht von allen gewollt: CDU und FDP halten sich im Bund krampfhaft an einer „Schuldenbremse“ fest, die völlig zurecht in wirtschaftlich guten Zeiten eingeführt wurde, um in Sachen Generationengerechtigkeit die folgenden Generationen vor einer extremen und ungerechten Überlastung zu schützen – in guten Zeiten wohlgemerkt!

In Krisenzeiten wirkt diese jedoch wie eine alles umschlingende Würgeschlange und droht unser Land zu erdrücken und uns im weltweiten

Wettbewerb abzuhängen. Das sehen übrigens auch die hoch angesehenen Wirtschaftsweisen so, und die sollten es doch eigentlich am ehesten einschätzen können. Zu was dieses „Kaputtsparen“ führen kann, erleben wir gerade im mühseligen Kampf auf allen Ebenen gegen den mächtigen Investitionsstau, den eine CDU-geführte Bundesregierung in 16 Jahren Amtszeit hinterlassen hat. Belege finden sich in der maroden Bundeswehr, der desolaten Bahn-Infrastruktur, der verhinderten frühzeitigen Energiewende, dem Hinterherhinken in der Elektromobilität, und nicht zuletzt in den beschämenden Straßen- und Brückenzuständen, um nur einige zu nennen.

Klingt nach Wiederholung? Ist es auch! Dies muss aber immer wieder erwähnt werden, weil es eben Teil der Erklärung des ganzen Dilemmas ist und gerne einmal vergessen oder verschwiegen wird. Genau dies verursacht eine Generationenungerechtigkeit, denn das Ausmerzen dieser Versäumnisse wird gerade in Zeiten von Krisen, Inflation und Verknappungen nahezu unbezahlbar. Die Stadt Beckum kann leider ein Lied davon singen: Feuerwehrrachen, Schulen, Turnhallen und zahlreiche Dächer städtischer Gebäude lassen grüßen und stellen nur einen Teil dieser Versäumnisse dar!

Konkret zu den Finanzen unserer Stadt:

Donnerwetter FDP! Hut ab, für das, was da aus Ihrem Hause so alles an ausgeklügelten Finanztipps kommt! Da wird uns Laien ganz schön schwindelig. So viel Fachexpertise im Bereich Finanzwesen und dies in so einer fundierten Tiefe zollt uns Respekt. Ein Schelm jedoch ist, wer Böses dabei denkt und hier alte Seilschaften mit reichlich fachlicher Expertise im Hintergrund die Fäden ziehen sieht.

Überzeugender und näher an der Realität sind für uns hier jedoch die Ausführungen des stets eloquenten Kämmerers Thomas Wulf, der mit seinem Team rund um Frau Schlieper so manch einen wohlklingenden

Vorschlag fachlich kompetent auf den Boden der Tatsachen zurückholt und keine Augenwischerei zulässt: Werden die Hebesätze nicht wie vorgeschlagen angepasst, werden bittere Einsparungen erforderlich sein. Jede durch die Vorschläge von FDP und CDU vermeintlich eingesparte Steuer-Million, die fehlt, muss durch teure Kredite oder Entbehrenungen aller teuer erkaufte werden, und dieses basarähnliche Treiben hatte in Form von wilden Projektverzichtsansprüchen unlängst quer durch alle Ausschüsse begonnen und inzwischen in Gestalt zahlreicher abgelehnter oder zurückgezogener Anträge ein jähes Ende gefunden.

Zurückgezogen übrigens, weil vom Kämmerer überzeugend aufgezeigt wurde, dass eine entsprechende Streichung schlichtweg nicht möglich ist oder aber zusätzliche Kosten verursachen würde. Zum Glück setzten sich hier dann doch wieder die politische Vernunft und ein Verantwortungsgefühl durch.

Mehrheitlich beschlossene Einsparungen wie die 20 TSD Euro im Bereich Veranstaltungen wie das „Wintermärchen“ sind so bedeutungslos, aber dennoch erwähnenswert, weil ansonsten nahezu nichts von der medial so vollmundig versprochenen Einsparattacke von CDU und FDP bliebe. Was bleibt ist jedoch die Frage, wie die Beiden das Haushaltsloch in Höhe von 1 Million Euro stopfen möchten, wenn sie in der Bevölkerung ernst genommen werden wollen mit ihrer Ankündigung, die geplanten Steuererhöhungen nicht mitmachen zu wollen?

„Umbuchungstricks“ oder die Idee, einfach von einer höheren Gewerbesteuerschätzung auszugehen, sind pure „Luftnummern“ und gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern und der Wirtschaft einfach unseriös, zumal die nächsten Haushalte eher schlechter als besser ausgestaltet sein werden und bereits im Jahr 2026 das Aufbrauchen der Ausgleichsrücklage droht. An dieser Stelle sei noch einmal dankend erwähnt, dass die Gewerbetreibenden der Stadt Beckum in den

vergangenen Jahren - gerade auch zur Pandemiezeit - dafür gesorgt haben, dass durch die hohe Gewerbesteuerzahlung überhaupt erst eine Aufstockung der Ausgleichsrücklage erreicht wurde.

Eine weitere fehlende Million Euro, die durch den schwarzgelben Vorschlag, die Beckumer Hebesätze an die fiktiven Hebesätze des Landes zu koppeln und auf eine Erhöhung der Gewerbesteuer gänzlich zu verzichten, entstände, würde das Abschmelzen der Ausgleichsrücklage noch beschleunigen und widerspräche folglich jeglicher haushälterischer Vernunft. Ein Schelm mag wohl denken, dass diese Vorgehensweise vielleicht Kalkül ist, denn ist im nächsten Haushaltsjahr 2025 nicht auch etwa die Bürgermeisterwahl? Und käme da für einige nichts gelegener als ein desolates Haushaltsjahr 2025, welches weitere Steuererhöhungen nach sich zöge?

Auch wir haben uns und natürlich sehr intensiv mit dem 1019-seitigen Haushaltsentwurf beschäftigt und nehmen die geplanten Steuererhöhungen nur widerwillig zur Kenntnis. Wir sind aber auch realistisch genug, zu erkennen, dass schmerzhaft Veränderungen nach 13 Jahren notwendig sind und an ihnen kein Weg vorbeiführt. Wenn wir aber anfangen, ein Projekt nach dem anderen zu streichen, welches in den beteiligten Gremien mühselig, aber schlussendlich meist mit breiter politischer Mehrheit auf den Weg gebracht wurde, dann können wir die politische Arbeit auch einstellen. Ebenso ist es naiv, Projekte in die nahen Folgejahre zu verschieben. Wir erleben doch gerade, dass Krisen und damit Verteuerungen schneller kommen als wir uns überhaupt vorstellen können.

Mit anderen Worten: was verschoben wird, fällt letztendlich irgendwann raus oder wird, wie es uns die Erfahrung lehrt, deutlich teurer.

Seit 2019 kämpfen wir Grünen für ein Radverkehrskonzept. Jetzt haben wir endlich ein mit breiter Mehrheit beschlossenes Konzept, von dem

schon etliche Punkte umgesetzt sind und sich vieles in der Planungsphase befindet, und nun wollen einige genau dort mit dem Streichen beginnen? Dort, wo es vorwärtsgewandt um die dringend benötigte Mobilitätswende geht? Sperrvermerke für die eingeplanten Gelder lassen jetzt zumindest weiterhin Spielraum, zu gegebener Zeit je nach Sachlage zu entscheiden und Projekte voranzutreiben. Ich glaube, dass unsere niederländischen Nachbarn uns diesbezüglich einfach nur auslachen würden. Bemerkenswert ist außerdem, dass dieses schwarzgelbe Streichduett in der Vergangenheit eigentlich eher durch Forderungen nach mehr Geld aufgefallen ist, sei es bei der temporären Aufhebung der Parkgebühren, bei finanziellen Entlastungen Gewerbetreibender am Marktplatz oder bei der Unterstützung der Forderung nach der Aufhübschung des eben erst fertiggestellten Marktplatzes, ohne dass Geld hierfür im Haushalt verankert war.

In Anbetracht der schwierigen finanziellen Situation vieler Haushalte und Unternehmen können wir uns gemeinsam mit den Fraktionen der SPD und FWG aber eine spürbare Absenkung der von der Verwaltung vorgeschlagenen Hebesätze, die einen kreisweiten Vergleich übrigens gar nicht scheuen müssen, vorstellen. Nach reichlich Überlegungen, Gesprächen und Berechnungen können wir uns eine Senkung der vorgeschlagenen Hebesätze in der Grundsteuer A von den geplanten 286 auf 279, in der Grundsteuer B von 529 auf 519 und bei der Gewerbesteuer von 439 auf 435 Punkten vorstellen. Dies entspricht bei der Grundsteuer A einer Reduzierung um 14%, bei der Grundsteuer B um 11% und bei der Gewerbesteuer gar um 29% gegenüber den von der Verwaltung vorgeschlagenen Hebesätzen. Wir glauben hiermit das finanzielle Risiko nicht zu überdehnen und gleichzeitig die vielfältigen Aufgaben und Investitionen in die Infrastruktur dennoch stemmen zu können.

Ein ernstgemeintes Gesprächsangebot für einen gemeinsamen, fraktionsübergreifenden Kompromiss in Sachen Hebesätze im zurückliegenden Haupt- und Finanzausschuss konnten wir übrigens nicht erkennen, sodass die Abstimmung über den Antrag von SPD, FWG und uns Grünen alternativlos war.

Im Gegensatz zur CDU und FDP betrachten wir unsere Stadtgesellschaft als Solidargemeinschaft, in der in finanziell schwierigen Zeiten alle ihren Beitrag leisten – auch die Unternehmen durch das Zahlen einer erhöhten Gewerbesteuer, denn sie gehören natürlich ebenso zu dieser Gesellschaft dazu. Dies sieht im Übrigen auch der Beckumer Industrieverein als selbstverständlich an. Gewerbesteuer - eine Steuer die bekanntlich auch nur anfällt, sofern Gewinne überhaupt erzielt werden.

Unsere Zustimmung fand allerdings auch der FDP-Antrag auf Aussetzung des Projektes „Kreisverkehr am Busbahnhof“, da dieses noch nicht gestartet wurde und hierdurch der Einspareffekt auch für die Folgejahre nicht unerheblich ist, so wünschenswert eine Verbesserung der Verkehrssituation an dieser Stelle auch ist.

Kurzum, wir als Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stimmen dem Haushaltentwurf der Stadt Beckum für das Haushaltsjahr 2024 inklusive der durch den Antrag der Fraktionen SPD, FWG und Bündnis 90/Die Grünen herbeigeführten reduzierten Hebesätze uneingeschränkt zu. Der vorgelegte Haushaltsentwurf ist schlüssig, Einsparpotential ließ sich wie dargelegt kaum finden, unnötige Projekte und Luxus jeglicher Art waren nicht auszumachen. So gesehen entspricht der Entwurf auch den in den Ausschüssen herbeigeführten Beschlüssen und ist deshalb auch nicht rational abzulehnen. Unsere hat in der Vergangenheit immer Haushalten zugestimmt, sofern sich keine Mängel oder die Nichtberücksichtigung wichtiger „grüner Anliegen“ auftaten, und so verfahren wir auch in

diesem Jahr. Festzuhalten bleibt, dass *fraktionsübergreifend* offensichtlich keine buchhalterischen Defizite oder inhaltlichen Fehler festgestellt wurden, weshalb eine ablehnende Fraktion gute Gründe haben muss – Gründe, die uns aus den zahlreichen Haushaltberatungen heraus weder schlüssig noch rational erklärlich erscheinen.

Herr Bürgermeister Gerdhenrich, eigentlich können Sie doch ganz zufrieden sein. Quer durch alle Ausschüsse gab es für die meisten Beschlüsse doch breite Mehrheiten, nicht selten Einstimmigkeit und kaum unnötige Zankereien. Dass vieles richtig gemacht wurde, erkennt man doch allein daran, dass in den vergangenen 3 Jahren wenig substantielle Anträge eingegangen sind, die Ihre Amtsführung hätten infrage stellen können. Offenbar sind diejenigen, die nach außen meistens anderer Meinung sind, inhaltlich anscheinend doch mit dem Grundkurs Ihres Verwaltungsschiffes einverstanden, denn ansonsten hätten sie ja mittels entsprechender Anträge oder Anfragen des Öfteren versucht, das Schiff vom Kurs abzubringen, was natürlich bei den bevorstehenden Großprojekten *Feuerwehr* und *Neubau Sonnenschule* auch ein waghalsiges Manöver gewesen wäre.

Es sind aber noch andere positive Dinge, die es zu erwähnen gilt. So wird im Frühjahr 2024 der in rekordverdächtiger Zeit errichtete Neubau der Feuerwehr Neubeckum eingeweiht – ein Neubau gar im Niedrigenergie-Standard KfW-40, die Feuerwehr Beckum kann nun endlich geplant werden und die Planungen für das Baugebiet im Beckumer Norden nehmen ebenfalls Gestalt an.

Fortlaufend werden eigeninitiativ im Stadtgebiet und an Bushaltestellen Fahrradbügel montiert, was von der Bürgerschaft auch dankend angenommen wird. Verbesserungsvorschläge in den Ausschüssen oder Anträge, die im Kompetenzbereich der Verwaltung liegen und daher nicht

politisch beschlossen werden müssen, werden nicht selten und völlig unbürokratisch dennoch umgesetzt. Exemplarisch seien hier zusätzliche Bänke auf dem Friedhof oder die Ausbesserung von Wegen genannt. Ebenso können wir positive Rückmeldungen von Bürgerinnen und Bürgern spiegeln, die das *Ideen- und Beschwerdemanagement* der Stadt in höchsten Tönen gelobt haben, da deren Kritik oder Anregung oftmals schnell und unbürokratisch zu Lösungen geführt hat und auch der Umgangston ein freundlicher ist.

Im letzten Jahr konnten über das ganze Stadtgebiet verteilt an den Straßen Baumanpflanzungen im großen Stile beobachtet werden: Geschädigte wurden ersetzt und Lücken gefüllt; vorbildlich und klimafreundlich. Ein nicht einfach durchzusetzendes Parkverbot in der Alleestraße hat zu einem deutlich besseren Verkehrsfluss geführt und bietet dem Radverkehr zumindest perspektivisch eine verbesserte Befahrbarkeit. Erstmals überhaupt bekommen wir von Einpendlern zahlreiche Rückmeldungen, dass im Winter der Straßenräumdienst nicht vor dem Beckumer Ortsschild endet, sondern im Stadtgebiet eine gute Passierbarkeit besteht. Selbst Radwege wurden geräumt bzw. gestreut, was früher undenkbar schien. Und nicht zuletzt eine erste „echte Fahrradstraße“ sowie erste „Zebrastreifen“ finden sich im Stadtgebiet wieder, was von einigen politischen Kräften immer noch torpediert wird. Kurzum, die Stadt Beckum befindet sich auf einem richtigen, der Zukunft zugewandten nachhaltigen Kurs und muss nur noch das Tempo nach oben etwas anziehen.

Lobenswert ist auch die aus dem jahrelangen Dornröschenschlaf erweckte Beckumer Wohnungsbaugesellschaft. Es ist gut zu spüren, dass die BWG wieder wertgeschätzt und mit Frau Urch-Sengen und Herrn Dr. Dierich hoch motiviert und produktiv geführt wird. So ist völlig zurecht der Stolz zu spüren, mit dem auf die erfolgreiche Umsetzung des Bauvorhabens

KiTa Grashüpfer samt eigener PV-Anlage sowie die wichtige Planung eines Bauvorhabens mit 46 Sozialwohnungen in Neubeckum hingewiesen wird.

Zu guter Letzt, Herr Bürgermeister, müssen wir Ihnen ein dickes Lob für Ihre Rede anlässlich der Demonstration gegen *Rechts* auf dem Beckumer Marktplatz aussprechen. Mit ungewöhnlich „kräftigen“ Worten und unmissverständlichen Aussagen haben Sie ganz klare Kante gegen demokratiefeindliche und menschenverachtende Kräfte gezeigt und überzeugend klargemacht, dass in unserer von Vereinen, Gemeinden und Gruppen geprägten Stadtgesellschaft kein Platz für derlei Gedankengut und Gruppen ist.

Unser Dank geht selbstverständlich auch an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung, die in allen Angelegenheiten stets erreichbar, freundlich und kooperativ agieren und auch bei der einen oder anderen von der Politik verschuldeten Nachlässigkeit geduldig bleiben.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche allen einen guten Start in das nahende Frühjahr, verbunden mit der Hoffnung auf bessere Zeiten und eine gestärkte Demokratie!